

HAZ 09.09.2019

Land muss immer mehr Geld für Beamtenpensionen zahlen

Die Belastung für Niedersachsen steigt auf 5,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2048, sagt das Landesamt für Statistik / Steuerzahlerbund warnt
VON MARCO SENG

Hannover Die Ausgaben für Beamte im Ruhestand in Niedersachsen steigen dramatisch. In vier bis fünf Jahren kommen auf das Land möglicherweise zusätzliche Belastungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro jährlich zu. Danach geht die Zahl der Versorgungsempfänger zwar zurück, die Zahlungen steigen aber weiter: nach einer Studie des Landesamts für Statistik (LSN) von derzeit rund 3,5 Milliarden Euro jährlich auf mehr als 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2048. Das wäre dann nach dem Etat des für die Schulen zuständigen Kultusministeriums der größte Ausgabeposten im Landeshaushalt.

Das Finanzministerium nannte als einen Grund für diese Entwicklung die gestiegene Lebenserwartung. Die Pensionen würden länger bezogen als früher. Beamte im Alter von 65 Jahren haben nach den Berechnungen der Statistiker derzeit eine weitere Lebenserwartung von rund 19,5 Jahren – etwa zwei Jahre mehr als die Gesamtbevölkerung. Ein weiterer Grund sei die im Durchschnitt steigende Qualifikation der Beamten, die zu höheren Gehältern und damit auch höheren Pensionen führe. Laut Ministerium ist in der Prognose eine jährliche Steigerung der Ruhestandsbezüge um 2 Prozent berücksichtigt.

„Diese Entwicklung der Versorgungsausgaben kommt nicht überraschend. Wir haben uns darauf eingestellt und Vorsorge getroffen“, sagte Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) der HAZ. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr 90 Millionen Euro in die „Versorgungsrücklage“ eingezahlt. Der Bestand dieses Sondervermögens belaufe sich derzeit auf rund 625 Millionen Euro. „Die Landesregierung strebt auch künftig weitere Zuführungen an die Versorgungsrücklage an“, sagte Hilbers.

Der Steuerzahlerbund in Niedersachsen sprach von einer dramatischen Lage. „Der Druck wird stärker werden, wenn die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren wieder zurückgehen“, sagte der Vorsitzende Bernhard Zentgraf der HAZ. Der Steuerzahlerbund fordert, den Anstieg zu dämpfen. Dazu sei ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ notwendig, der die Steigerung der Pensionen automatisch bremse, erklärte Zentgraf. Zudem dürften Studienjahre bei Beamten nicht mehr angerechnet und Besoldungserhöhungen nicht mehr eins zu eins auf Pensionäre übertragen werden.

Derzeit zahlt das Land Niedersachsen Pensionen an rund 99000 Beamte und Richter im Ruhestand. Nach der Berechnung des Landesamts für Statistik wird diese Zahl bis auf etwa 111000 im Jahr 2028 steigen und danach leicht sinken. Das Land beschäftigte am Stichtag

30. Juni 2018 knapp 132000 aktive Beamte, darunter mehr als 60000 Lehrer und gut 12000 Polizisten.

Derzeit geht nach Angaben der Statistiker gut die Hälfte aller Beamten in Niedersachsen vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand. Dies ist bei reduzierten Versorgungszahlungen vom 60. Lebensjahr an möglich. Dass viele Beamte vorzeitig aus dem Dienst scheiden und dabei Pensionsabschläge von 3,6 Prozent pro Jahr in Kauf nähmen, liege auch an der teils hohen Arbeitsbelastung, sagte der Vorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbundes, Martin Kalt. „Die Leute können zum Teil einfach nicht mehr“, sagte Kalt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP im Landtag, Christian Grascha, nennt die hohe Zahl der Frühpensionierungen besorgniserregend – vor allem für die Unterrichtsversorgung in den Schulen. „Die Landesregierung muss dringend an besseren Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst arbeiten“, sagte Grascha der HAZ.

„Die Leute können zum Teil einfach nicht mehr. „
Martin Kalt, Vorsitzender des Beamtenbundes in Niedersachsen, zur hohen Zahl der Frühpensionierungen